Sozialpolitik im demografischen Wandel – Überlast der Rentenversicherung verhindern!

Ein klarer ordnungspolitischer Kompass für den Sozialstaat ist dringend erforderlich. Wenn wir nichts tun, werden mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben die Sozialabgaben, insbesondere die Rentenversicherungsbeiträge, in eine Höhe schießen, die Erwerbstätige und Wirtschaft überfordert. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Fundament unseres Sozialstaates würde damit ausgehöhlt. Umso wichtiger sind gerade jetzt Weichenstellungen für eine demografiefeste und ertragreiche Ausgestaltung unserer Alterssicherung. Hierzu fordert der Wirtschaftsrat.

- **Lohnzusatzkosten stabilisieren!** Weitere Rentengeschenke zulasten der jungen Generation und des Wirtschaftsstandortes müssen verhindert werden!
- **Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln!** Perspektivisch muss die Regelaltersgrenze über den 67. Geburtstag hinaus ansteigen, um das Verhältnis von Beitragszahlern einerseits und Rentnern andererseits halbwegs im Lot zu halten.
- **Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung grundsätzlich beibehalten und weiterentwickeln!** Während die Auszahlungsverpflichtungen der umlagefinanzierten und damit demografieanfälligen gesetzlichen Rentenversicherung zu begrenzen sind, muss im Gegenzug die kapitalgedeckte betriebliche und private Altersvorsorge gestärkt werden!
- **Private Altersvorsorge attraktiver machen!** Eine Reform der Riester-Rente ist nach mehreren gescheiterten Anläufen absolut überfällig. Vorrangig ist die Schaffung flexiblerer, renditeträchtigerer Anlagemöglichkeiten durch eine Lockerung der Garantien.
- **Betriebsrenten chancenreicher gestalten!** Auch jenseits des Sozialpartnermodells sollten modifizierte Garantien besseren Renditechancen ermöglichen.
- **Bildung von Altersvermögen erleichtern!** Hierzu ist der Sparerfreibetrag auf 3.100 Euro pro Person und Jahr und damit auf die Größenordnung in den 90er Jahren anzuheben.

Arbeitsstandort zukunftsfest machen!

Die Zahl der Erwerbstätigen erreicht aktuell mit rund 46 Millionen ihr Maximum, um im Zuge des demografischen Wandels von nun an erst langsam und dann immer rascher zu sinken. Gleichzeitig erschwert die Wirtschaftskrise für viele Menschen die Beschäftigungsaufnahme, und die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Vorjahr um mehrere Hunderttausend angestiegen. Umso wichtiger sind der Abbau von Einstellungshürden und die Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs. Hierzu empfiehlt der Wirtschaftsrat.

- **Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit seinem vollen Potenzial ausschöpfen!** Dazu sind die bürokratischen Hürden für qualifizierte Zuwanderung abzubauen. Im Gegenzug ist die irreguläre Migration in die Sozialsysteme wirksam zu begrenzen, etwa, indem Menschen ohne Einreiseerlaubnis an den Außengrenzen der Bundesrepublik aufgehalten werden.
- **Arbeitsstandort Deutschland international wettbewerbsfähiger machen!** Hierzu ist zuvorderst die rekordhohe Steuern- und Abgabenlast in der Bundesrepublik zu verringern.
- **Ältere länger in Beschäftigung halten!** Es gilt, Erwerbsarbeit jenseits der Regelaltersgrenze für Arbeitnehmer lohnender und für Arbeitgeber rechtssicherer zu gestalten.
- **Arbeit 4.0 voranbringen!** Dazu sind das Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren sowie Vorschriften zu Ruhezeiten und Arbeitsstätten zu modernisieren.
- **Arbeitsanreize stärken!** Hierfür müssen Transfersätze abgesenkt und Mitwirkungspflichten von Transferbeziehern konsequenter eingefordert werden.
- **Flexible Beschäftigungsformen voranbringen!** Die auf SPD-Initiative erfolgten Beschränkungen für Zeitarbeit und Werkverträge sind zurücknehmen.